



RÜCKZAHLUNGEN STATT WEIHNACHTSGELD

Geisterfahrer auf der Weihnachtsgeldautobahn

Liebe GdPler,

Bremen hat nach langer Zeit erstmals wieder Schulden abgebaut. Ein viel sichereres Zeichen für sprudelnde Einnahmen gibt es kaum. Und auch wenn Bremens Haushalt damit nicht kurz- und auch nicht mittelfristig zu sanieren ist, ist es nun an der Zeit sich wieder denen zu widmen, die mehr als andere Teile der Gesellschaft sogar unter realen Einkommensverlusten zur Kurskorrektur Richtung Haushaltsanierung beitragen: Bremens Beamte.

Das ließ sich im Jahre 2017 auch schon ganz gut an. Ein 3,8 Millionen schweres Paket wurde geschnürt das lt. Finanzsenatorin dazu dienen sollte, den Öffentlichen Dienst in Bremen als Arbeitgeber attraktiver zu machen.

Im Polizeivollzugsdienst sollten dabei die Zulagen verbessert werden. Und tatsächlich stehen nun viele Kollegen und Kolleginnen besser dar. Aber eben nicht alle, so wie die GdP es wollte.

Und auch die lange Zeit brach liegende Baustelle Weihnachtsgeld wurde auf Initiative der Jungen Gruppe in der GdP wieder bearbeitet. Tatsächlich wurde erreicht, dass die Anwärtler und Beamte auf Probe immerhin wieder 710 Euro Brutto Weihnachtsgeld erhalten. Versorgungsempfänger und Beschäftigte jenseits von A 11 bekommen aber nach wie vor dieses Weihnachtsgeld nicht, geschweige denn eine echte Sonderzahlung, wie sie vor 2006 mal gezahlt und von uns jetzt wieder gefordert wurde.

Doch, Halt! Das stimmt nicht. Es gab ausgerechnet im Dezember unerwartete Sonderzahlungen. Nur diesmal in die andere Richtung. Es befinden sich sozusagen Geisterfahrer auf der Weihnachtsgeldautobahn. Zahlreiche Kollegen und Kolleginnen der Polizei in Bremen mussten Zahlungen an die

Performa leisten und in Bremerhaven droht dasselbe.

Denn seit dem Inkrafttreten der Ende 2017 beschlossenen Erschwerniszulagenverordnung am 1.1.2018 waren die Polizeien im Land Bremen nicht in die Lage versetzt worden, entsprechende Berechnungen durchzuführen. Ausgezahlt wurde weiter munter nach alter Art und ohne Rechtsgrundlage. Nun stellte sich heraus, dass gut 500 Polizeibeamte geringere Ansprüche hatten als vor der Neuordnung und zu viel Geld erhielten.

Weihnachtsgeld mal anders: weil in Bremen die Behörde mehr als ein Jahr lang nicht in der Lage war, die neue Erschwerniszulage zu berechnen, müssen überlastete Polizeibeamte nun im Dezember Rückzahlungen leisten. Statt Weihnachtsgeld also Abzüge... Es ist zum Heulen. Aber das lassen wir so nicht durchgehen! Die GdP kämpft für euch!!



Die GdP hatte übrigens stets darauf gedrängt, dass es keine Verlierer bei der Veränderung der Zulagen geben darf. Spätestens eine Erhöhung der Polizeizulage auf denselben Level wie bei Feuerwehr oder Justiz (150 Euro) hätte das verhindert. Doch die im Oktober nochmals erhobene GdP-Forderung blieb ungehört.

Stattdessen fanden Anfang Dezember nun viele eine schwer nachvollziehbare Auflistung über unerwartete Abzüge auf ihrer Gehaltsmitteilung. Ganz besonderes Erstaunen rief hierbei die Rückforderung von Zahlungen für Dienst zu ungünstigen Zeiten aus 2017 hervor. Die Neuordnung der Zulagen war zu diesem Zeitpunkt noch nicht verabschiedet. Eine Handhaben, die das Rechtsverständnis Bre-

mer Polizisten und Polizistinnen auf eine harte Probe stellt.

Die GdP forderte ihre Mitglieder deshalb auf, dagegen Widerspruch einzulegen. Das hätte sie nicht getan, wenn sie nicht überzeugt wäre, mindestens einen Teilerfolg zu erzielen.

Aktuell befindet sich die GdP in Gesprächen mit der Finanzbehörde. Es besteht also noch Hoffnung, nicht gegen dieses rechtlich mindestens unstrittene und im Hinblick auf den Dezember völlig unsensible Verwaltungshandeln gerichtlich vorgehen zu müssen.

Eigentlich ist eine Klage wie auch der Protest vor dem Rathaus nicht der Weg, zu dem Polizeibeamte sich gezwungen sehen sollten. Das hat auch mit wechselvollem Respekt zwischen Senat und Polizei zu tun. Respekt gegenüber Polizeibeamten sollte für Bremens Politiker eben nicht nur bedeuten, dass man sich nicht automatisch Angriffen von außen gegen die Polizei anschließt, sondern auch, dass man einen respektvollen Um-

gang mit den Beschäftigten pflegt. Dazu gehört auch, diesen nicht sofort über den Haufen zu werfen wenn bescheidene monetäre Aspekte einfließen.

Wie sagte noch gleich der **Bundespräsident** Ende November in seiner Rede auf dem Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei in Berlin: **„... und diesen Respekt voreinander und auch vor der Polizei – nicht nur wegen der Polizeibeamten –, den braucht auch die Demokratie um ihrer selbst willen. Davon bin ich überzeugt! Respekt verschaffen bedeutet immer auch: Politisch Verantwortliche in Bund und Ländern dürfen die Sicherheitskräfte nicht allein lassen.“**

Vielleicht hätte er noch hinzufügen sollen, - nicht mal Bremen.

Lüder Fasche



Dienstherr kann Forderungen übernehmen

§ 83 a Bremisches Beamtengesetz in der bisherigen Praxis

Seit dem 1. 9. 2017 ist § 83a BremBG in Kraft, der die **Erfüllungsübernahme durch den Dienstherrn bei Schmerzensgeldansprüchen regelt, die in Zusammenhang mit einem dienstlichen Vorfall stehen. Die Anwendung ist bislang grundsätzlich auf Beamte beschränkt.**

Ein erstes Fazit 16 Monate nach Inkrafttreten ist, dass es relativ wenige Fälle gibt, die in den Anwendungsbe- reich der Vorschrift fallen. Das liegt da-

ran, dass in der Vorschrift selbst bzw. in den dazu ergangenen Ausführungshinweisen der Senatorin für Finanzen bzw. des Magistrats in Bremerhaven einige Ausschlusskriterien eingebaut wurden. Dies führt dazu, dass nur die Fälle, die keines der Ausschlusskriterien erfüllen, für eine Erfolg versprechende Antragstellung geeignet sind.

Kriterien für eine Erfolg versprechende Antragstellung

Es werden nur Schmerzensgeldansprüche wegen Körperverletzung erfasst, die auf einem tätlichen rechtswidrigen Angriff beruhen, Schmerzensgeldansprüche wegen Beleidigung oder Bedrohungen fallen nicht darunter. Materielle Schadenersatzforderungen, Zinsen und Prozesskosten werden durch den Dienstherrn nicht übernommen.

Darüber hinaus muss der Schmerzensgeldanspruch titulierte sein, wobei dies nur rechtskräftige Urteile und gerichtliche Vergleiche sein dürfen. Vollstreckungsbescheide und sonstige Titel sind, warum auch immer, ausgeschlossen. Der titulierte Betrag muss zudem bei mindestens 250 € liegen.

§ 83 a Abs. 3 normiert eine zweijährige Ausschlussfrist für eine schriftliche Antragstellung, die mit der Wirksamkeit des Vollstreckungstitels zu laufen beginnt. Zudem muss der Beamte einen erfolglosen Vollstreckungsversuch aus dem Titel nachweisen. Alternativ

dazu kann er beantragen, dass der Dienstherr, wenn dieser in derselben Sache ein Vollstreckungsverfahren gegen den Dritten betreibt, auch die Vollstreckung aus dem Titel des Beamten mit betreibt.

Um einen erfolglosen Vollstreckungsversuch nachweisen zu können, muss der Beamte in der Regel zunächst einen Gerichtsvollzieher mit der Pfändung o. Ä. beauftragen. Dies verursacht Kosten, die der Beamte zu tragen hat. Läuft die Zwangsvollstreckung über den Dienstherrn, muss der Beamte seinen Anspruch an den Dienstherrn abtreten. Die dafür notwendige notarielle Abtretungserklärung verursacht Kosten, die ebenfalls der Beamte zu tragen hat.

Erfahrungswerte zur Entscheidungspraxis der zuständigen Behörden (SfI bzw. Personalamt des Magistrats) sind bislang nur sehr eingeschränkt vorhanden. Das Haus SfI hat bislang einen Antrag nach einer Bearbeitungszeit von ca. sieben Monaten positiv entschieden, weitere Entscheidungen stehen noch aus.

Das Personalamt des Magistrats hat einen Antrag nach vergleichbarer Zeit abgelehnt, das Widerspruchsverfahren ist anhängig.

Es wäre wünschenswert, wenn sich die Bearbeitungszeiten 2019 verkürzen und der Dienstherr den Beamten zukünftig auch die Kosten erstattet, die durch Zwangsvollstreckung bzw. notarielle Abtretungserklärung entstehen.

Rain Dr. Claudia Albrecht-Sautter

TERMIN

Redaktionsschluss für die **Februar-Ausgabe 2019**, Landesjournal Bremen, ist der **8. Januar 2019**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:

Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

GdP Kohlparty
Freitag
18.01.19
ab 17 Uhr
Grothenn's Gasthaus
25 Euro*
Anmeldung unter Mail Bremen@gdp.de oder Tel. 0421-9495850 **All in**
* nur für Mitglieder und deren Partner. Andere 55 Euro



PERSONALFLUCHT IN DER ZULASSUNGSSTELLE

Beunruhigende Situation im Bürgeramt

Der Personalrat des Bürgeramtes blickt beunruhigt auf die Personalsituation in der Kfz-Zulassungsstelle. Die Zahl der Kolleginnen und Kollegen, die nach vielen Jahren Tätigkeit in der Kfz-Zulassung nach erfolgreicher Bewerbung nun einer anderen Tätigkeit in anderen Behörden nach EG 8 TV-L oder höher nachgehen, ist alarmierend!

Seit der Auflösung des Stadtamtes und der Gründung des Bürgeramtes sind zwar einige Nachwuchskräfte unbefristet übernommen worden, aber die Zahl der Personalabgänge seitdem ist höher als die der Zugänge.

Daraus ergibt sich ein Problem: Viele Kolleginnen und Kollegen mit teils langjähriger Erfahrung und wertvollem Fachwissen haben sich erfolgreich auf Stellen in anderen Behörden beworben. So geht Fachkompetenz verloren, die durch junge Nachwuchskräfte aus Mangel an Berufserfahrung und noch nicht vertieften Fachkenntnissen nicht kompensiert werden kann. Hinzu kommt, dass durch die Abgänge die

dringend benötigte Verstärkung der Personaldecke nicht erfolgen konnte. Der Kundenandrang steigt – und damit auch die Wartezeiten. Da die Zahl der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen immer weiter sinkt, wird es für die jüngere Belegschaft immer schwieriger, fachspezifische Sachverhalte mit den Kolleginnen und Kollegen zu klären, was zu weiteren Verzögerungen führt.

Der Personalrat fragt sich, worin diese hohe Abwanderung begründet ist. Nun, zum einen ist die Eingruppierung bei den Kolleginnen und Kollegen so niedrig wie in kaum einer anderen Behörde mit vergleichbarem Publikumsaufkommen. Zum anderen finden sich Chancen für eine Personalentwicklung in diesem Referat so gut wie gar nicht.

Die reale Aufgabenverteilung für die Sachbearbeiter ist im Geschäftsverteilungsplan nicht vollständig wiedergegeben und muss aufgrund der ständigen personellen Engpässe oft umverteilt werden.

Blickt man auf die technischen Entwicklungen bei der Sachbearbeitung, so kann man leicht dem Trugschluss unterliegen, die Arbeit wäre einfacher geworden. Doch hier

muss man gegenrechnen: Aufgrund steigender Erwartungen und Anforderungen bei schnellerer Technik wird auch eine zügigere Bearbeitung der Anliegen erwartet. Das Anspruchsverhalten und Konfliktpotenzial der Bürgerinnen und Bürger hat sich stark verändert, und den Kolleginnen und Kollegen wird zunehmend weniger Respekt entgegengebracht. Veränderungen auf dem Fahrzeugmarkt und steigende Zahlen gefälschter Dokumente wie z. B. TÜV-Berichte fordern eine neue und höhere Aufmerksamkeit bei den Zulassungsangelegenheiten, nicht zuletzt sind die Auswirkungen des Diesel-Skandals hierfür ein seit Jahren bekanntes Beispiel.

Alles in allem ist hier zu überlegen, ob die Berücksichtigung dieser und weiterer Faktoren nicht zu einer umfangreichen Umstrukturierung der Aufgabenverteilung führen muss, die dann mit einer angemessenen Eingruppierung die Kolleginnen und Kollegen motiviert, ihrer Tätigkeit weiter gewissenhaft nachgehen zu wollen, anstatt sich für eine bessere Bezahlung nach vielen Jahren Berufserfahrung auf eine völlig neue Arbeitssituation einzulassen.

Timo Kuzyk

AUS ANDEREN LANDESBEZIRKEN

Rheinland-Pfalz gibt das DEIG für den Streifendienst frei

Das Innenministerium Rheinland-Pfalz erklärte im November 2018 gegenüber den Polizeibehörden, dass das Distanz-Elektro-Impuls-Gerät (DEIG) ab so-

fort als Einsatzmittel im Streifendienst mitgeführt werden darf.

Die GdP hatte das vorausgegangene Pilotprojekt in Trier und dessen Evaluation unterstützt und sich für die Freigabe dieses Einsatzmittels eingesetzt. Das Pilotprojekt in Trier zeigte, dass bereits die Androhung des DEIG Widerstandshandlungen unterbinden konnte und damit eine ähnlich positive Wirkung entfaltet wie die Bodycam.

Für den Zeitraum von einem Jahr sind alle Einsätze mit dem DEIG (Androhung, Beschuss aus der Distanz und die Anwendung im Kontaktmodus) für Evaluationszwecke zu doku-

mentieren. Danach wird die Zentralstelle Schieß- und Einsatztraining in Rheinland-Pfalz eine Auswertung und Bewertung durchführen und die Ergebnisse in die Aus- und Fortbildung der Kolleginnen und Kolleginnen am DEIG einfließen lassen. **Red.**



Heiße Diskussionen – Bremen mittendrin

Bundeskongress – klingt wichtig, ist er auch. Die GdP ist schließlich nicht irgendeine Organisation, sondern die größte Gewerkschaft i. S. Innere Sicherheit, anerkannt auf allen politischen Ebenen. Was könnte das besser unterstreichen, als die Kongresseröffnung durch den amtierenden Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier.



Der Bundespräsident betonte in seiner Festrede, wie wichtig die Polizei mit all ihren Beschäftigten für eine funktionierende Demokratie ist. Und es war nicht nur Honig um den Bart schmieren, es war die aufrichtige Anerkennung für diesen anspruchsvollen Beruf und ein ehrlicher Dank an die Einsatzbereitschaft und die unerschöpfliche Motivation aller Kolleginnen und Kollegen.

Warum als zweiter Festredner der Kölner Kardinal **Rainer Maria Woelki** uns die Kriminalstatistik zu erklären versuchte, wird wohl ein Rätsel bleiben. Ich habe jedenfalls keinen Delegierten getroffen, der da weiterhelfen konnte.

Die Festrede des Bundesinnenministers **Horst Seehofer** war recht kurzweilig mit einigen Schmanckerln, aber leider inhaltsleer. Zumindest was Aussagen zu Verhandlungspositionen gegenüber der GdP anging. Konkretes über die Zukunft der Polizei, die Ausstattung, die Personalstärke war nicht zu erfahren. Dafür aber etwas über Mähdscherdiebstähle in Sachsen.

Wahlen

Der Bundeskongress bedeutet immer die Neubesetzung aller Gremien. Ein umfangreiches Programm, in diesem Jahr allerdings reibungslos und zügig, da es keine Kampfkandidaturen gab. Die GdP zeigte Zusammenhalt, die Wahlergebnisse waren eindeutig. **Oliver Malchow** bleibt für weitere vier Jahre unser Bundesvorsitzender.

Die Bremer Kandidaten **Horst Göbel** für das Bundesschiedsgericht, **Jens Bley** als Bundeskassenprüfer und **Klaus Brüns** für den



Oliver Malchow ehrt Jochen Kopelke (l.) für seine Zeit als Landesvorsitzender des Landesbezirks Bremen

Bundeskontrollausschuss erhielten alle fast 100% der Delegiertenstimmen.

Beratung der Anträge

299 Anträge plus Dringlichkeitsanträge, ein wahres Mammutprogramm, das gutes Sitzfleisch und hohe Konzentration erforderte. Die Antragsberatungskommission (ABK) – **Dierk Stahl** war für Bremen dabei – hatte gut vorgearbeitet. Aber die Anträge waren nicht alle Selbstläufer. Die ABK hatte gerade in Satzungsfragen für eine Menge Anträge die Ablehnung empfohlen, entsprechend groß war der Diskussionsbedarf mit den Antragstellern. Insbesondere ein Antrag der JUNGEN GRUPPE führte zu einem regen Meinungsaustausch am Mikrofon. Thema war eine Quotierung der Delegiertensitze für die JUNGE GRUPPE, Frauen- und Senioren-



Die stimmberechtigten Delegierten aus Bremen und Bremerhaven (v. l.): Heinfried Keithahn, Oliver Thies, Benjamin Kieck und Jannik Wessels



BUNDESKONGRESS 2018



Die Bremer Delegation (v. li.): Ramin Kalali, Nils Winter, Axel Lohmann, Jochen Kopelke, Horst Göbel, Lüder Fasche, Jannik Wessels, Dierk Stahl, Heinfried Keithahn, Claudia Albrecht-Sautter, Benjamin Kieck, Oliver Thies, Jens Bley. Nicht auf dem Foto, aber dabei: Klaus Brüns, Susanne Wiedemann. Fotos Seite 4+5: Wolfgang Ahlers

gruppe. Problematisch, da die Delegiertenmandate in den Ländern gewählt werden und nicht der

Kontrolle oder Vorgaben des Bundes unterliegen. Dieser Eingriff in die Länderhoheit stieß am Ende auf Ablehnung. Die JUNGE GRUPPE wird ihr nicht ganz unberechtigtes Anliegen in den Ländern durchsetzen müssen.

Die Bremer Anträge, überwiegend Ausfluss unseres letzten Landesdelegiertentages, erhielten teils leicht modifiziert die Zustimmung.

Der Bundeskongress ist jedes Mal eine logistische Herausforderung. Mehr als 800 Funktionäre, Delegierte, Ersatzdelegierte, Gäste, Pressevertreter, technisches Personal etc. wurden optimal betreut durch die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle unterstützt von Freiwilligen der Berliner Polizei. Chapeau!

Am Ende ist das erfreulichste Ergebnis des Bundeskongresses die eindeutige Abkehr von links- und rechtsextremen Tendenzen in unse-

rer Gesellschaft und ein deutliches Nein zu allen populistischen Strömungen.

Wolfgang Ahlers



Einer der jüngsten stimmberechtigten Delegierten: Jannik Wessels, Vorsitzender der JUNGEN GRUPPE Bremen



Ramin Kalali sprach für die JUNGE GRUPPE zum strittigen Antrag der Quotierung von Delegiertenmandaten.



KREISGRUPPE BREMERHAVEN

Kreisgruppe übergibt Spende an Weissen Ring

Die Gewerkschaft der Polizei – Kreisgruppe Bremerhaven – veranstaltete am 20. Oktober 2018 gemeinsam mit Bremerhavener Bürgerinnen und Bürger die all-

jährliche Party im Storms Söben der Theodor-Storm-Schule.

Neu war dieses Mal, dass zu diesem Anlass auch an die Opfer von Gewalt gedacht und eine Spenden-

aktion für den Weissen Ring e.V. durchgeführt wurde, der seit mehreren Jahren mit der Ortspolizeibehörde Bremerhaven kooperiert.

Die Gäste, zu denen neben den Bürgerinnen und Bürgern Bremerhavens auch Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Polizistinnen und Polizisten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats gehörten, spendeten eine Gesamtsumme von 350 Euro.

Vielen Dank an alle Spender!

„Eine Gewerkschaft ist auch für die gesamte Gesellschaft da, deshalb finde ich es wichtig, dass wertvolle gemeinnützige Institutionen – und dazu gehört der Weisse Ring e.V. – unterstützt werden.“ Mit diesen Worten übergab der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe, **Benjamin Kieck**, zusammen mit **Nicole Füllmich-Penshorn**, stellvertretende Vorsitzende, die Spende am 8. November 2018 an die Außenstellenleiterin **Frau Hoffmann** vom Weissen Ring e.V. Bremerhaven.

In Deutschland sind weder Opfer- noch Opferbetreuung staatlich geregelt. Der Weisse Ring e.V. betreut Opfer von Straftaten im Ehrenamt und lebt ausschließlich von Spendengeldern.

Brigitte Weinhold



V. li.: Nicole Füllmich-Penshorn, Frau Hoffmann vom Weissen Ring, Benjamin Kieck

KREISGRUPPE BREMERHAVEN

GdP-Kreisgruppe trifft Innensenator Mäurer

Am 2. 11. 2018 fuhren **Benjamin Kieck, Nicole Füllmich-Penshorn und ich nach Bremen in die Contrescarpe 22/24, wo uns Herr Senator Mäurer im Beisein von Rose Gerdts-Schiffler, Nikolai Roth und Lutz Müller in den Räumlichkeiten des Senators für Inneres empfing.**

Zu Beginn des Gespräches kamen wir auf die Begleitumstände, die zur Absage des vorherigen Termins führten, zu sprechen. Beide Seiten erklärten nachvollziehbar aus ihrer Wahrnehmung den Sachverhalt und sicherten nach gemeinsamer Aus-

sprache weiterhin zu, offen für Gespräche zu sein.

Das Thema Landespolizei wurde kurz erwähnt, doch die klare Haltung der GdP-Kreisgruppe: „Mit uns gibt es keine Landespolizei!“ beließ es dann auch dabei.

Herr Mäurer machte deutlich, dass er sehr wohl für die Belange der inneren Sicherheit in Bremerhaven zuständig sei und ließ sich die momentane Situation in der Ortspolizeibehörde Bremerhaven und dem Bürger- und Ordnungsamt schildern. Wir berichteten aufgrund der Rückmeldungen unserer Kolleginnen und Kollegen, dass die Arbeitsbelastungen dermaßen angestiegen

sind, dass nur noch durch einen höheren Personalansatz Abhilfe geschaffen werden kann. Aber allen Beteiligten war auch klar, dass nur eine Erhöhung der Zielzahl zu keinen Veränderungen führen würde, sondern zusätzlich kreative Lösungen gefunden werden müssen. Kurzfristig könnte die Einstellung von geeignetem Tarifpersonal für Entlastung sorgen und natürlich eine kritische Betrachtung der Aufgaben, die es zu erledigen gilt. Herr Mäurer bestätigte unseren Bericht und sprach sich klar für eine Erhöhung der Personalstärke, sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven, aus.



KREISGRUPPE BREMERHAVEN

Das erklärte Ziel von Herrn Mäurer ist es außerdem, weiterhin Hebungen zu ermöglichen, um eine indirekte Strukturverbesserung bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven zu erreichen. Eine Erhöhung der Zielzahl mit hinterlegtem Budget würde eine dauerhafte Finanzierung von Hebungen sicherstellen.

Ein wichtiges Anliegen war es uns auch, Kritik hinsichtlich der zurzeit stattfindenden Gerichtsver-

handlungen zu den Ereignissen in der Goethestraße in Bremerhaven zu äußern. Wir erklärten, dass unsere Gewerkschaft erwartet, dass in solchen Fällen Polizei und Justiz schnell und konsequent handelt, um aufkeimende kriminelle Strukturen zu bekämpfen. Das bestätigten auch unsere Gesprächspartner und bekräftigten, dass hier ein klares Zeichen erforderlich ist.

Zu dieser Thematik wird es ebenfalls bald ein Gespräch mit der neu-

en Amtsgerichtspräsidentin Frau Wulff und der GdP-Kreisgruppe geben.

Am 19. 12. 2018 wird Herr Senator Mäurer im Rahmen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in Bremerhaven die Bremerhavener Erklärung für eine höhere Zielzahl entgegennehmen. Der Ausschuss tagt im Sitzungsraum der Feuerwehr, Zur Hexenbrücke 12, Beginn 16 Uhr.

Brigitte Weinhold

Jubilarehrungen der Kreisgruppe

Die GdP-Kreisgruppe dankte im November ihren langjährig treuen Gewerkschaftsmitgliedern im Rahmen der Jubilarehrung im Weser Yacht Club.

Bei Kaffee und Kuchen wurden die Urkunden für 40 Jahre und 25 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei überreicht.

Hans-Joachim Prigge blickt auf eine 40-jährige Mitgliedschaft zurück, **André Mauritschat, Stefan Welk** und **Tanja Schnoor** wurden für 25 Jahre gewerkschaftliche Treue geehrt.

Im Rahmen der Ehrungen durch Benjamin Kieck und mich nutzten die Kolleginnen und Kollegen die gemütliche Atmosphäre und tauschten sich über aktuelle Themen aus.

Außerdem danken wir den Kolleginnen und Kollegen, die an dem Termin nicht teilnehmen konnten, für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Jörg Schmied, Liane Wittschen, Monika Lehnert, Angelika Krömer, Michael Fink, Frank Müller für 25 Jahre gewerkschaftliche Zugehörigkeit.

Ingo Krüger und **Uwe Jost** für 40 Jahre gewerkschaftliche Treue.

Wir wünschen unseren Mitgliedern alles Gute, Gesundheit und viele weitere gewerkschaftliche Jahre.

In diesem Sinne danke und viele Grüße.
Nicole Füllmich-Penshorn



V. li.: Vorsitzender Benjamin Kieck, André Mauritschat, Joachim Prigge, Stefan Welk, Tanja Schnoor, stellv. Vors. Nicole Füllmich-Penshorn

FACHGRUPPE SENIoren

Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 8. Januar 2019, 16 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Bremen

Donnerstag, 10. Januar 2019, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Der Vorstand bittet für 2019 wieder um rege Teilnahme an den Treffen in Bremen und Bremerhaven. Für unsere Neupensionäre haben wir immer Plätze frei.

Wolfgang Karzenburg

Alle Monatstreffen

2019

Bremerhaven

12. Februar, 12. März, 9. April, 14. Mai, 11. Juni, (Juli und August Sommerpause), 10. September, 8. Oktober, 12. November; Freitag, 13. Dezember Weihnachtsfeier.

Bremen

14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 13. Juni, (Juli und August Sommerpause), 12. September, 10. Oktober, 14. November; Freitag, 6. Dezember Weihnachtsfeier.



Spaß und Erfolg beim Skat- und Kniffelturnier

Auf den 2. 11. 2018 warteten schon viele gespannt, am ersten Freitag im November startete das Skat- und Kniffelturnier der GdP-Kreisgruppe Bremerhaven. Wie schon in den letzten Jahren fand das Spielspektakel in der Gaststätte Metropol statt.

Aufgrund der herbstlichen Wetterlage war der eine oder die andere leider krankheitsbedingt nicht mit von der Partie, aber mit immerhin 26 Skat- und Kniffelspielern ging es nach einer kurzen Ansprache von **Benjamin Kieck** los. Die Karten flogen und die Würfel scheppten über die Tische. Bei den Knifflern ging es dabei gewohnheitsgemäß etwas lauter und nicht ganz so ernst zu wie bei den „Skatern“, der Spaß stand jedoch allen ins Gesicht geschrieben.

Es wurde gescherzt und gelacht, gegessen und getrunken. Leckeres hausgemachtes Essen unterstützte die gute

Laune der Anwesenden und nach einigen Stunden standen die Gewinner fest.

Die ersten Plätze bei den Skatspielern wurden von **Helmut Eilers**, **Wolfgang Rooch** und **Christoph Boomert** belegt.

Die Kniffler wurden angeführt von **Frank Kappel**, **Radostina Hristova** (die zum ersten Mal mitspielte) und **Marion Ihmels**.

Bei der Preisvergabe freuten sich aber frei nach dem Motto „Dabei sein ist alles“ auch die jüngsten Spieler Sebastian Röhl und Jürgen Vetter, denn für wirklich alle gab es Preise. Vom begehrten GdP-Polizeitiddy bis zur GdP-Reisezahnbürste, von der Schweizer



Regier Andrang beim Skat- und Kniffelturnier in Bremerhaven

Schokolade bis zum Fleischpäckchen der Fleischerei Mühlenbeck in Spaden war alles dabei.

Der Abend hat wirklich Spaß gemacht und wir freuen uns schon auf 2019 und den nächsten ersten Freitag im November. **Alexandra Brinkmann**

Anzeige

GdP SERVICE GMBH

Mini-Kreuzfahrt vom **25. bis 27. Mai** oder vom **2. bis 4. Oktober 2019**

Kiel **3-Sterne Kabine mit Meerblick**
Oslo
Kiel

ColorLine



ab **134,-** p.P.
 Einzelkabine: ab zzgl. 90,- €

Reiseverlauf

- Freitag - Sonntag
- 1. Tag: Abfahrt 14 Uhr
- 2. Tag: Ankunft Oslo 10 Uhr
Abfahrt Oslo 14 Uhr
- 3. Tag: Ankunft Kiel 10 Uhr

Leistungen, die überzeugen:

- Schiffsreise Kiel – Oslo – Kiel
- *** 2-Bett-Meerblickkabine zur Doppelbelegung
- 2 x reichhaltiges Frühstücksbuffet an Bord
- täglich wechselndes Showprogramm
- Insolvenzversicherung

Extras:

- Stadtrundfahrt Oslo-Highlights, pro Person 41,40 EUR
- Skandinavisches Schlemmerbuffet, pro Person und Strecke: 37,10 EUR

Reisetermine:

25. Mai 2019	184,00 EUR
Einzelkabine	+ 100,00 EUR
2. Oktober 2019	134,00 EUR
Einzelkabine	+ 90,00 EUR



PSW-Reisen Lübeck
 Hans-Böckler-Str. 2
 23560 Lübeck
 Fon 0451 - 502 17 36
 Fax 0451 - 502 17 58
 E-Mail: psw-reisen.luebeck@t-online.de

PSW-Reisen Kiel
 Max-Giese-Str. 22
 24116 Kiel
 Fon 0431 - 17093
 Fax 0431 - 17092

psw-tours.de



Veranstalter: Color Line GmbH Norwegenkai, 24143 Kiel Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten.

